

An den

Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen  
Geschäftsstelle Forst/ Direkte Förderung  
Albrecht-Thaer-Straße 34

48147 Münster

## Antrag

**auf Gewährung einer Zuwendung des Landes NRW gemäß der „Leitlinie zur Gewährung von Zuwendungen zur Förderung wettbewerbsfähiger Holzvermarktungsstrukturen (HOMA)“ vom 22.11.2018-Az.: III-2 040.00.00-12**

### 1. Antragsteller(in)

<b>1.1 Name, Bezeichnung</b>	Name (Bezeichnung der Holzvermarktungsorganisation)
<b>1.2 Anschrift</b>	Straße:  PLZ, Ort:
<b>1.3 Vertretungsberechtigte Personen</b>	
<b>1.4 Auskunft erteilen:</b>	Name:  Telefon:  E-Mail-Adresse:
<b>1.5 Bankverbindung</b>	Kto-Nr.: _____ BLZ: _____  Bezeichnung:
<b>1.6 Zertifizierungssystem <sup>1)</sup></b>	
<b>1.7 Angaben zu vertraglich gebundenen Zusammenschlüssen <sup>1)</sup></b>	a) Anzahl der vertraglich gebundenen Zusammenschlüsse <sup>2)</sup> : _____ b) Fläche in ha <sup>3)</sup> _____ oder c) nachhaltiger jährlicher Hiebsatz (Forsteinrichtung) in Efm o.R. <sup>3)</sup> _____
<b>1.8 Vermarktungsvolumen im Jahr vor Antragstellung</b>	_____ Efm o.R. Rohholz

<sup>1)</sup> Pflichtangabe bei Förderung nach Leitlinien-Nr. 2.3

<sup>2)</sup> Pflichtangabe bei Förderung nach Leitlinien -Nr. 2.1

<sup>3)</sup> b) oder c) ist Pflichtangabe bei Förderung nach Leitlinien-Nrn. 2.2 und 2.3

## 2. Maßnahme

### 2.1 Bezeichnung und Beschreibung der Maßnahme

Ich beantrage zu folgende(r/n) Maßnahme(n) eine Zuwendung:

2.1 Gründung oder substantielle Erweiterung von Holzvermarktungsorganisationen \_\_\_\_\_ EUR gesamt,

2.2 Stärkung neu gegründeter oder bestehender Organisationen \_\_\_\_\_ EUR gesamt,

2.3 gebündelter Verkauf und Vermittlung von Rohholz \_\_\_\_\_ EUR gesamt,

Zwingende Angaben: Darstellung der Maßnahme (ausführliche Beschreibung: was, wann, wo, wie, warum)

### 2.2 Ort der Investition:

PLZ, Ort:

Straße, Nr.:

### 2.3 Durchführungszeitraum

voraussichtlicher Beginn des Vorhabens:

Monat / Jahr \_\_\_\_\_

voraussichtliches Ende des Vorhabens:

Monat / Jahr \_\_\_\_\_ (längstens 48 Monate)

## 3. Finanzierungsplan und zeitliche Verteilung

<b>3.1 Gesamtkosten der Investition <sup>1)</sup></b>				<b>EUR</b>
<b>3.2 Eigenanteil <sup>2)</sup></b>				<b>EUR</b>
<b>3.3 Darlehen <sup>2)</sup></b>				<b>EUR</b>
<b>3.4 Leistungen Dritter <sup>2)</sup></b> (ohne öffentliche Förderung)				<b>EUR</b>
<b>Jahr der voraussichtlichen Fälligkeit</b>	20____	20____	20____	
<b>3.5 beantragter Zuschuss des Landes:</b>				
- für Nr. 2.1 der o.g. Leitlinie	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>
- für Nr. 2.2 der o.g. Leitlinie	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>
- für Nr. 2.3 der o.g. Leitlinie	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>
<b>3.6 zusätzlich zu diesem Antrag beantragte / bewilligte öffentliche Förderung</b>	Förderprogramm / Richtlinie: _____			<b>EUR</b>

<sup>1)</sup> Beträge ohne MWST

#### **4. Persönliche Erklärungen / Verpflichtungen**

##### **Ich verpflichte mich / Wir verpflichten uns,**

- 4.1 geförderte Sachen mindestens während der Zweckbindungsfrist sachgemäß zu unterhalten.
- 4.2 vor Auftragsvergabe von Leistungen nach Nr. 2.1 und/oder 2.2 der o.g. Leitlinie mindestens drei geeignete Anbieter zur Abgabe eines Angebotes über die jeweils nachgefragten Leistungen aufzufordern. Hierzu sind diese so eindeutig zu beschreiben, dass alle Bewerber die Beschreibung im gleichen Sinn verstehen und die Angebote miteinander vergleichbar sind.  
Angebote stelle ich / stellen wir auf dem „Angebotsvergleichsblatt“ zusammenfassend dar.
- 4.3 Originalbelege 10 Jahre nach Vorlage des Schlussverwendungsnachweises aufzubewahren und für Prüfzwecke verfügbar zu machen.
- 4.4 Ihnen oder den von Ihnen ernannten Bewertern, Prüfern oder anderen Stellen, die Aufgaben an ihrer Stelle wahrnehmen, alle erforderlichen Informationen zu übermitteln, die eine Begleitung und eine Bewertung des Programms, insbesondere hinsichtlich der Verwirklichung spezifizierter Ziele und Prioritäten, ermöglichen.
- 4.5 als Unternehmen geförderte Gegenstände, deren Anschaffungs- oder Herstellungswert 410 EUR (ohne Umsatzsteuer) übersteigt, zu inventarisieren.

##### **Ich erkläre / Wir erklären, dass**

- 4.6 ich / wir alle Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe(n), sie durch geeignete Unterlagen belegen kann / können und dass die in diesem Antrag (einschließlich Anlagen) gemachten Angaben vollständig und richtig sind.
- 4.7 die Kapitalbeteiligung von Bund und Land an meinem/ unserem Unternehmen zusammen nicht mehr 25 Prozent des Eigenkapitals meines / unseres Unternehmens beträgt.
- 4.8 mein / unser Unternehmen sich nicht im Sinne des Artikels 2 Ziffer 14 der VO (EU) Nr. 702 / 2014 in Schwierigkeiten befindet.
- 4.9 ich / wir nicht unterlassen habe/n, einer evtl. Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt nachzukommen.
- 4.10 der beantragte oder bewilligte Zuschuss nicht abgetreten wird.
- 4.11 ich / wir davon Kenntnis genommen habe/n, dass Abweichungen von allen Angaben dieses Antrags, von denen die Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängig ist, zu Rückforderungen führen können und eventuell Sanktionsmaßnahmen gemäß den geltenden EU-Vorschriften verhängt werden müssen.
- 4.12 ich / wir alle Angaben in diesem Antrag, von denen die Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängig ist, gewissenhaft und vollständig gemacht habe(n). Ich / wir habe(n) davon Kenntnis genommen, dass diese Angaben zusätzlich zu Ziffer 4.10 subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über die Vergabe von Subventionen nach Landesrecht (Landessubventionengesetz) vom 24. März 1977 (SGV. NRW. 73) sowie § 2 Abs. 1 Subventionengesetz vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2034) sind und versichere/ n, dass mir / uns die Subventionserheblichkeit von Angaben und Tatsachen sowie die Strafbarkeit eines Subventionsbetrugs bekannt sind.
- 4.13 bei einer Nutzungsänderung oder Veräußerung der geförderten Anlagen innerhalb des Zeitraumes meiner / unserer Unterhaltungsverpflichtung (Zweckbindungsfrist) ich / wir den Erwerber veranlasse/ n, durch eine schriftliche Erklärung gegenüber dem Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen, die vorstehenden Verpflichtungen zu übernehmen. Ist der Erwerber hierzu nicht bereit, ist die bewilligende Stelle berechtigt, die Zuwendung zzgl. Zinsen zurückzufordern. Der Erstattungsanspruch ist mit 5 v.H. über dem jeweiligen Basiszinssatz nach § 247 BGB jährlich zu verzinsen.
- 4.14 das Vorhaben (beantragte Maßnahme) in Nordrhein-Westfalen realisiert wird.
- 4.15 ich / wir in den letzten drei Steuer- bzw. Kalenderjahren keine weiteren als die in meiner „De minimis“-Erklärung angegebenen „De minimis“-Beihilfen erhalten habe/n.
- 4.16 ich / wir der Bewilligungsbehörde weitere Unterlagen, die zur Beurteilung der Anspruchsberechtigung, der Antragsvoraussetzungen sowie zur Feststellung der Höhe der Zuwendung erforderlich sind, auf Anforderung vorlegen werde/n.

4.17 über mein / unser Vermögen kein Vergleichs-, Insolvenz-, Sequestrations- oder Gesamtvollstreckungsverfahren unmittelbar bevorsteht, beantragt oder eröffnet worden ist bzw. ich / wir keine eidesstattliche Erklärung nach § 807 ZPO (Vorlage eines Vermögensverzeichnisses) abgegeben habe/ n und die Gesamtfinanzierung des beantragten Vorhabens gesichert ist.

Ich verpflichte mich / wir verpflichten uns auch, bis zum Ablauf der Zweckbindungsfrist ein unmittelbar bevorstehendes Vergleichs-, Insolvenz-, Sequestrations- oder Gesamtvollstreckungsverfahren oder die Beantragung über die Eröffnung eines solchen Verfahrens gegen mich / uns unverzüglich der Bewilligungsbehörde mitzuteilen.

4.18 gegen mich / gegen uns in den letzten fünf Jahren weder eine Geldbuße von wenigstens 2.500 Euro nach § 404 Abs. 2 Nr. 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch rechtskräftig verhängt wurde noch, dass ich/ wir rechtskräftig nach den §§ 10, 10a oder 11 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes zu einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen verurteilt wurde/n.

**Ich erkläre mich / Wir erklären uns damit einverstanden, dass**

4.19 die Angaben im und zum Antrag an die für die Maßnahmen des Förderprogramms zuständigen Organe des Landes und der EU übermittelt werden können. Die Erhebung vorstehender Angaben beruht auf § 26 Abs. 2 Satz 1 und 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes des Landes NRW (SGV.NRW 2010). Die Kenntnis dieser Angaben dient der Überprüfung der Zuwendungsvoraussetzungen. Eine Berücksichtigung ist nur möglich, wenn die Angaben in diesem Antrag enthalten sind.

4.20 die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen sowie die Angaben im und zum Antrag auch an Ort und Stelle durch die zuständigen Behörden und Prüforgane der EU-Kommission, des Europäischen Rechnungshofes, der EU-Zahlstelle sowie des Landes NRW kontrolliert werden können, dass ich / wir oder meine / unsere Vertretung dem beauftragten Kontrollpersonal die Fördergegenstände bezeichnen, ihnen das Betretungsrecht, das Recht auf die Entnahme von Proben, ein angemessenes Verweilrecht auf den Grundstücken und in den Betriebs- und Geschäftsräumen sowie Einsichtnahme in die für die Beurteilung der Beihilfenvoraussetzungen notwendigen Unterlagen einräumen werde/n und die notwendigen Auskünfte erteilen muss / müssen.

4.21 meine / unsere Angaben zum Zwecke einer zügigen Bearbeitung des Antrages sowie zu statistischen Zwecken gespeichert werden und zum Zweck des Schutzes der finanziellen Interessen der Union von Rechnungsprüfungs- und Untersuchungseinrichtungen der Union und der Mitgliedstaaten an die zuständigen Organe des Landes, des Bundes und der EU übermittelt und von diesen verarbeitet werden.

4.22 dass die Behörde notwendige Daten zur Evaluierung der Fördermaßnahmen an Dritte weitergeben darf.

**5. Erforderliche Anlagen** (bitte ankreuzen, wenn dem Antrag bereits beigelegt)

- Nachweis der Qualifikation des Beraters (nur, wenn Antrag auf Nr. 2.1 der o.g. Leitlinie),
- alle Schreiben der Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes („Lastenheft“),
- alle eingegangenen Angebote,
- Angebotsvergleichsblatt,
- Eigenerklärung zur Ausschlussgründen (vom Bieter im Rahmen der Angebotseinholung auszufüllen),
- Neutralitätserklärung (vom Antragsteller auszufüllen)
- Auszug aus dem Handels- bzw. Genossenschaftsregister oder Gewerbeschein (sofern bereits vorhanden),
- Satzung bzw. Gesellschaftsvertrag (bei Genossenschaften, Gesellschaften oder Vereinen etc.) (sofern bereits vorliegend)
- Vollmacht oder Nachweis der gesetzlichen, ggf. geschäftsführenden Vertretung,
- Nachweis des Holzvermarktungsvolumens in Erntefestemeter Rohholz ohne Rinde im Kalenderjahr vor Antragstellung (nur, wenn Antrag auf 2.3 der o.g. Leitlinie)
- Nachweis über Zertifizierungssystem (nur, wenn Antrag auf 2.3 der o.g. Leitlinie und sofern bereits vorliegend)
- Nachweis der Fläche oder der nachhaltigen jährlichen Hiebssätze in Erntefestemeter ohne Rinde (gemäß Forsteinrichtung) der vertraglich gebundenen Zusammenschlüsse (nur, wenn Antrag auf 2.2 oder 2.3 der o.g. Leitlinie)
- schriftliche Absichtserklärung von mindestens fünf Forstlichen Zusammenschlüssen gemäß Nr. 4.1 der o.g. Leitlinie (nur, wenn Antrag auf Nr. 2.1 der o.g. Leitlinie)
- 'de-minimis'-Erklärung

---

(Ort, Datum)

---

(Rechtsverbindliche Unterschrift/en)